

Vollbremsung bei Schrittempo



Der Entwurf der EU-Kommission für eine neue Ökoverordnung stößt in Deutschland auf breite Ablehnung. Er würde das Wachstum des Biolandbaus ausbremsen.

Die Europäische Kommission will, so erklärt sie es selbst, den ökologischen Landbau in Europa voranbringen. Doch was sie nun betreibt, wird das Gegenteil bewirken, davon sind die Akteure des Biolandbaus, Länderminister und Behördenvertreter in Deutschland überzeugt.

Am 25. März hat die Brüsseler Behörde ihren Vorschlag für eine Revision der EU-Ökoverordnung veröffentlicht. Die deutsche Bio-Bewegung hält ihn für untauglich und gefährlich. „Der Europäische Rat und das Parlament müssen den Entwurf zurückweisen und die EU-Kommission dazu bewegen, einen neuen Vorschlag auf Grundlage der bestehenden Regeln zu erarbeiten“, sagt Jan Plagge, Präsident von Bioland. Eine Regelung, wie die Kommission sie will, würde das Wachstum des Biolandbaus in Europa nicht nur ausbremsen, sondern zu Rückumstellungen führen. Und das in einer Situation, in der der ökologische Landbau wegen schlechter politischer Rahmenbedingungen sowieso nur langsam wächst.

Rechtsunsicherheit für Jahre

Schon die Tatsache, dass die Kommission die EU-Ökoverordnung komplett neu schreiben will, statt die alte weiterzuentwickeln, sei höchst problematisch, kritisieren die Fachleute. Die jüngste Überarbeitung des Rechtsrahmens liegt erst wenige Jahre zurück und noch immer sind nicht alle Details europaweit verstanden und umgesetzt. Der neue Vorschlag krepelt die bisherige Struktur der Verordnung voll-

ständig um. Das würde auf Jahre neue Rechtsunsicherheit und Umsetzungsprobleme mit sich bringen, beklagen die Verbände, zumal der Verordnungsentwurf viele Widersprüche und Fehler enthält. „Wer wird noch in neue Ställe oder in die Bio-Lebensmittelverarbeitung investieren, wenn er nicht weiß, was in wenigen Jahren gelten wird?“, meint Plagge. Wie die deutschen Verbände plädiert auch die IFOAM-EU-Gruppe deshalb für eine gezielte Weiterentwicklung des bestehenden Regelwerks dort, wo Schwachstellen bestehen. Die jetzige Verordnung sei grundsätzlich geeignet, den Öko-Sektor nachhaltig zu entwickeln, heißt es auch in einer wissenschaftlichen Bewertung, die die Kommission selbst in Auftrag gegeben hat (siehe bioland-Fachmagazin 3/2014).

Der Schlüssel liegt in der Umsetzung

Es gibt durchaus einiges zu tun im ökologischen Landbau. Die Branche spricht selbst von Defiziten bei den Importregelungen und bei der Umsetzung der Kontrollen quer durch Europa. Gefahr erkannt – Gefahr gebannt? Mitnichten. Gerade in diesen Bereichen würde der Kommissionsvorschlag zu keinerlei Verbesserung führen. „Was wir brauchen, sind bessere Kontroll- und Kommunikationswerkzeuge über die Grenzen hinweg. Hierfür liefert der Vorschlag keine Antworten“, sagt Georg Eckert von der Kontrollstelle ABCERT. Im Gegenteil würden vorgeschlagene Änderungen die Funktionsfähigkeit des Kontrollsystems gefährden. Dies auch, weil Brüssel derzeit dar-

Der Biolandbau ist deshalb ein Erfolgsmodell, weil die Praxis intensiv an der Weiterentwicklung der Regeln beteiligt ist. Das muss so bleiben, fordern die Bio-Verbände.

N. Wawrzyniak

>>

über nachdenkt, die Bio-Kontrolle ganz aus der Öko-Verordnung herauszunehmen und in die allgemeine Lebensmittelkontrolle einzugliedern.

Um Betrugsfällen vorzubeugen, müssten die Kontrollregeln in erster Linie besser umgesetzt werden. Stattdessen soll nach den Vorstellungen der Kommission in Zukunft jeder kleine Einzelhändler kontrolliert werden, der neben seinem konventionellen Sortiment ein paar verpackte Bio-Lebensmittel im Regal hat. „Der wird dann eben ganz auf Bio-Produkte verzichten“, sagt Jan Plagge.

Die Kommission habe ihre eigenen Hausaufgaben nicht gemacht, Schwachstellen und Umsetzungsdefizite der jetzigen Regelung nicht beseitigt, kritisiert Bioland. In vielen Fällen seien die Vorschriften ausreichend, was fehle, sei eine abgestimmte Interpretation und Durchsetzung in den Mitgliedstaaten.

Länderminister gegen Totalrevision

Die Landwirtschaftsminister der Bundesländer teilen die Position der Bio-Bewegung. Sie halten eine Totalrevision der EU-Ökoverordnung für „nicht erforderlich“, formulierten sie deutlich auf der jüngsten Agrarministerkonferenz am 4. April. Sie sei „bedenklich“ für die gewünschte Weiterentwicklung des Biolandbaus. „Mit Sorge“ sehen sie, dass die Vorschläge der EU-Kommission die bestehenden Regelungen erheblich verschärfen würden. Die Bundesregierung solle in den Verhandlungen in Brüssel deshalb darauf hinwirken, dass die grundsätzlich bewährte Ausrichtung und Struktur des bestehenden Regelwerks erhalten bleibt. Bundeslandwirtschaftsminister Christian Schmidt be-

tonte in einem Interview mit topagrar-online: „Auf keinen Fall dürfen wir riskieren, dass die Betriebe aufgrund überzogener Forderungen reihenweise aus dem ökologischen Landbau aussteigen.“

Brüssel müsse mit Augenmaß vorgehen und zusätzliche Bürokratie möglichst vermeiden, forderten der bayerische Landwirtschaftsminister Helmut Brunner und sein Kollege Andrä Rupprechter aus Österreich in einer gemeinsamen Erklärung. Die neue Ökoverordnung dürfe nicht ausgerechnet in Ländern mit bäuerlichen Strukturen wie Bayern oder Österreich den Umstieg auf Bio erschweren. Auch der Deutsche Bauernverband hat die Kommission davor gewarnt, die Bio-Landwirtschaft durch eine Revision des EU-Rechts zurückzuwerfen. Die vorgestellten Pläne verfehlten das vom Europäischen Rechnungshof angemahnte Ziel, die Effektivität der Kontrolle im Bio-Markt zu verbessern.

Wer bestimmt die Regeln?

„Die EU-Kommission ist auf dem besten Weg, genau die Bauern zu vergraulen, die sich freiwillig selbst den strengsten Nachhaltigkeitsstandards unterwerfen. Der Biolandbau ist deshalb ein Erfolgsmodell, weil die Praxis intensiv an der Weiterentwicklung der Regeln beteiligt ist“, sagt Bioland-Präsident Jan Plagge. Die Aufgabe des Gesetzgebers sei, diese Regeln europaweit zu vereinheitlichen und die Umsetzung sicherzustellen. Jetzt aber bemächtige sich eine Behörde der Regeln, die selbst weit weg von der Praxis der Bauern und Bäuerinnen ist. „Das bricht mit dem Charakter des Biolandbaus als einer Initiati-

*Agrarkommission
Dacian Cioloș
(re.) will den
Rechtsrahmen für
den ökologischen
Landbau
umschreiben.
Dies würde zu
keinem „Mehr und
Besser“ führen,
kritisieren Akteure
und Fachleute.*

European Commission



**Organics:
more and better
a new EU proposal**



ve von Bauern, die ihre eigene Methode der Landwirtschaft ständig weiterentwickeln und verbessern.“ Die Vertreter des ökologischen Landbaus kritisieren scharf, dass sich die Kommission nun sogar mehr Regelungsbefugnisse zubilligen will, als sie bisher hat. Denn viele wichtige Details sollen nicht in der Verordnung selbst, sondern in nachgelagerten Rechtsakten festgeschrieben werden. Über diese könnte die Kommission quasi im Alleingang entscheiden. Die Standards für den ökologischen Landbau dürfen nicht hinter verschlossenen Türen einer Behörde festgeschrieben, sondern müssen zusammen mit den Fachleuten aus den Mitgliedstaaten transparent und demokratisch entwickelt werden, fordern die Verbände.

Systemwechsel

Einer der kritischsten Punkte ist nach Auffassung der Bio-Bewegung der Systemwechsel, den die Kommission vorantreibt. Der ökologische Landbau definiert sich bisher über seine Methoden, die auf Nachhaltigkeit, Natur und Umwelt und das Wohlergehen der Tiere zielen. Er definiert sich nicht über messbare Eigenschaften seiner Erzeugnisse. Nach den Vorstellungen der Brüsseler Behörde soll es künftig eigene, strenge Schwellenwerte für Pestizide und andere unerlaubte Stoffe in Bio-Lebensmitteln geben. Werden sie überschritten, verliert das Produkt seine Bio-Anerkennung.

Was Bio ist und was nicht, dürfe nicht an der Rückstandsfreiheit gemessen werden, kritisiert Bioland. Das sehen nicht nur die Landwirte so, sondern auch die Hersteller von Bio-Lebensmitteln, die auf umweltfreundliche und schonende Verarbeitung setzen: „Unsere größten Bedenken bestehen dort, wo die Kommission den ökologischen Landbau künftig mehr über seine Produkte als über seine Verfahren definieren will“, sagt Susanne Horn, Geschäftsführerin der Neumarkter Lammsbräu und Sprecherin des Bioland-Beirates Herstellung-Vermarktung-Handel. „Das würde viel vom Ideengut des Biolandbaus und der Verarbeitung ökologischer Lebensmittel zerstören. Wir könnten uns am Markt nicht mehr positionieren.“ Wenn ein Produkt sich künftig durch seine Rückstandsfreiheit als „bio“ qualifiziert, könnten das bei ausreichender Sorgfalt auch andere bieten, ohne gleichzeitig die großen Vorteile der Bio-Landwirtschaft und -Verarbeitung für die Umwelt zu haben.

Fazit: Inakzeptabel

Der ökologische Landbau soll skandalsicherer und konsequenter werden und das hohe Vertrauen der Verbraucher in Bio-Lebensmittel rechtfertigen. Die

Bürokratie soll weniger, die Bio-Lebensmittel sollen sicherer werden. Und der Biolandbau soll wachsen. Das sind die Ziele, die sich die Kommission selbst vorgibt. Diese Ziele wird Brüssel mit den vorgelegten Vorschlägen nicht erreichen, im Gegenteil, kontern die Vertreter der Branche.

Zurzeit beraten die deutschen Bio-Verbände im BÖLW, die IFOAM-EU-Gruppe, weitere Fachleute, Wissenschaftler und Politiker intensiv über die Revision. Gleichzeitig laufen Gespräche mit den Partnerverbänden und Politikern in anderen Mitgliedstaaten. In Deutschland besteht weitreichende Einigkeit, dass der Vorschlag inakzeptabel ist und zurückgewiesen werden muss. Im Mai stellt das Bundeslandwirtschaftsministerium seine Position vor.

Nun werden Europas Bürger und Bürgerinnen erst einmal wählen. Danach wird sich ein neu zusammengesetztes Parlament und ab Herbst eine neue Kommission mit dem Papier befassen. Die eigentlichen Verhandlungen zwischen Kommission, Rat und Parlament können erst 2015 beginnen. „Setzt die Kommission sich durch, wird die Industrialisierung der Land- und Lebensmittelwirtschaft in Europa voranschreiten, die Alternativen dazu werden geschwächt. Europa braucht aber mehr Bio, nicht weniger!“, unterstreicht Bioland-Präsident Jan Plagge.

age

WIDERSINNLICHE HÜRDEN

Widerstand kommt auch aus anderen Ländern. Der österreichische Bio-Verband Bio Austria lehnt den Revisionsentwurf ab. Thomas Fertl, Leiter der Agrarpolitik bei Bio Austria und Vize-Präsident der IFOAM-EU-Gruppe, sagt, warum:

„Das selbst gesteckte Ziel, den Bio-Sektor zu stärken, verfehlt die EU-Kommission mit ihrem Vorschlag für eine neue Öko-Verordnung bei weitem. Ein paar kleinen Verbesserungsvorschlägen steht die Einführung fachlich und politisch widersinniger Hürden gegenüber – wie jener, die Verantwortung für Verunreinigungen mit Pflanzenschutzmitteln aus der konventionellen Landwirtschaft auf die Bio-Betriebe abzuwälzen. Bio Austria sieht sich daher in seiner Forderung bestätigt, dass anstatt einer Neugestaltung die bestehende Verordnung gezielt weiterentwickelt werden soll.“

